

Wossische



Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Wossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn- und Festtags nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Umschau in Technik und Wirtschaft, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage, Allgemeine Verlosungs-Tabellen, Wochenkurszettel der Berliner Börse.

Bezug: Monatlich 4,50 M., Vierteljährlich 13,50 M. In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich zweimal frei ins Haus, sonst durch die Post. — Anzeigen: Zeile 1,50 M. u. 83 1/2% Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 1,25 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26 und in allen Geschäften des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

Die Antwort der Entente auf die deutsche Note über die Räumung des Baltikums.

Vollmachten der alliierten Kommission

Meldung des Wossischen Telegraphen-Büros.

In der Frage der Räumung des Baltikums hat die Entente der deutschen Regierung folgende Note zugehen lassen:

Paris, den 10. Oktober 1919.

Die alliierten und assoziierten Regierungen nehmen Kenntnis von der in der Note vom 3. Oktober in aller Form zum Ausdruck gebrachten Absicht der deutschen Regierung, den Rückzug ihrer Truppen aus dem Baltikum und aus Litauen mit größter Energie einzuleiten und durchzuführen. Sie billigen gleichfalls die Zweckmäßigkeit der zu diesem Zweck von der deutschen Regierung eingeleiteten Maßnahmen. Die deutsche Regierung versichert jedoch, daß die von ihr eingeleiteten Maßnahmen sie von der Anschuldigung freisprechen, die Erfüllung ihrer Ehrenpflichtungen, wie sie durch die Bestimmungen des Waffenstillstandes festgesetzt sind, vernachlässigt zu haben. Nachdem aber die Anordnungen der deutschen Regierung offenbar trotz der wiederholten Einsprüche und Vorstellungen der alliierten und assoziierten Regierungen solange aufgeschoben worden sind, daß die deutsche Regierung jetzt behaupten kann, sie sei tatsächlich nicht in der Lage, ihre Ausführung durchzusetzen, ist es schwer, nicht anzunehmen, daß diese Verzögerung beabsichtigt wurde, um die Beziehungen herbeizuführen, welche die deutsche Regierung jetzt zu bedauern vorgibt.

Zugleich ist es tatsächlich unmöglich, eine andere Erklärung für die Weigerung zu finden, den General v. d. Goltz zurückzurufen, welcher ihr offizieller Vertreter gewesen ist, um die gegenwärtige Situation zu schaffen, die durch den offenen Widerstand gegen die berechtigten Ansprüche der alliierten und assoziierten Regierungen charakterisiert wird. Warum hat man die Zurückberufung des Generals, die dreimal verlangt worden ist, verweigert? Warum wurde der General, nachdem er erst vor einigen Tagen nach Berlin berufen war, absichtlich in das Operationsgebiet zurückgeschickt? Offenbar geschah dies, um mit Hilfe der Autorität seiner offiziellen Stellung eine Organisation durchzuführen, die heute der deutschen Regierung gestattet, zu behaupten, daß die Truppen, die bisher durch diese selbe Regierung bezahlt, gekleidet und befördert worden sind, heute unbotmäßig geworden sind. Hat General v. d. Goltz seinen Instruktionen entgegen gehandelt? Wenn das der Fall ist, warum ist dann seine Insubordination nicht bestraft worden, sei es durch eine schriftliche Verabschiedung oder auf irgendeine andere Weise? Sofern die Regierung auf diese Frage nicht genügende Erklärungen als sie bisher gegeben hat, liefert, können die alliierten und assoziierten Regierungen nicht glauben, daß die deutsche Regierung ihren Versicherungen gemäß alles getan hat, was in ihrer Macht stand, um alle deutschen Truppen aus den baltischen Staaten zurückzuführen.

Es ergibt sich übrigens aus den letzten Nachrichten aus Lettland, daß die Lage sich erheblich verschlimmert hat infolge der Offensive, welche die Deutschen am 8. Oktober ergriffen haben, indem sie die deutsch-lettische Zone verletzten, die lettische Stellung mit Bomben, mit Flugzeugen und mit giftigen Gasen angegriffen haben, indem sie weiter Riga bedroht und in Kurland die Bildung einer deutsch-russischen Regierung hervorgerufen haben, die sich der Lokalregierung feindlich gegenübergestellt hat. Im Hinblick auf diese Lage halten die alliierten und assoziierten Regierungen das Prinzip der vollen Verantwortung der deutschen Regierung in der Ausführung des Abtransportes aufrecht und sie wünschen die in ihrem Telegramm vom 27. September angekündigten Maßnahmen in vollem Umfang aufrecht zu erhalten zu wissen, wenn der Abtransport nicht endlich unternommen und mit aller wünschenswerten Eile durchgeführt werden wird.

Zunehmend, um die Ausführung dieser Operation zu erleichtern und die deutsche Regierung zu unterstützen, wünschen die alliierten und assoziierten Regierungen den Vorschlag an, alliierte Vertreter zu entsenden, deren Mission darin besteht wird, bei der deutschen Regierung von den Maßnahmen Kenntnis zu nehmen, die von ihr getroffen worden sind, um die Bedingungen des Waffenstillstandes zu erfüllen, wie auch, um ihr diejenigen Maßnahmen, die sie selbst für nützlich halten, um am

Platz selbst in voller Aktionsfreiheit die wirksame Kontrolle der Ausführung dieser Maßregeln auszuüben.

Der Vorsitz der Alliiertenkommission wird in die Hände eines Generals gelegt werden, den die alliierten und assoziierten Regierungen ernennen werden. Erst wenn dieser General dem Obersten Rat der alliierten und assoziierten Regierungen mitgeteilt haben wird, daß die Maßregeln des Abtransportes normal durchgeführt werden können, können die durch das Telegramm vom 27. September vorgesehenen Maßregeln aufgehoben werden. Die deutsche Regierung wird gebeten, ihre Antwort so schnell wie möglich bekannt geben zu wollen. Sie ist benachrichtigt, daß die alliierten und assoziierten Regierungen sie für jeden Akt der Feindseligkeit verantwortlich machen werden, der gegen ihre Repräsentanten in den baltischen Provinzen durch die deutschen Truppen sich ereignen könnte. gen. Marschall F o c h.

Ratifizierung im Pariser Senat.

Meldung des Reuterschen Büros.

Paris, 11. Oktober.

Der französische Senat hat dem Friedensvertrag mit 217 Stimmen bei einer Stimmenthaltung zugestimmt. Die Verträge mit England und den Vereinigten Staaten wurden einstimmig mit 218 Stimmen angenommen.

Den Bericht über die Debatte im französischen Senat veröffentlichen wir auf der vierten Seite.

Die Arbeiten des Fünferrates.

Verfaßtes, 11. Oktober. (W. L. B.)

Der Fünfer rat setzte eine interalliierte Kommission ein, die die Kontrolle über die noch in Deutschland befindlichen russischen Kriegsmaterialien ausüben soll, sowie eine weitere interalliierte militärische Kommission, die in Deutsch-Oesterreich die Ausführung der militärischen Klauseln des Friedensvertrages durchzuführen soll. Der Fünfer rat beschloß auf Verlangen von Admiral Koltchal und General Demin, daß ihnen das von den Deutschen während des Krieges erbeutete russische Kriegsgüter überwiesen werden soll. Die Interalliierte Kontrollkommission in Deutschland wurde mit der Durchführung und Überwachung der erforderlichen Maßnahmen betraut.

Es wurde ferner beschlossen, der rumänischen Regierung eine Note überreichen zu lassen, in der die Hoffnung ausgesprochen wird, daß die rumänische Regierung sich bemühen werde, die Schwierigkeiten zu beseitigen, um im Einverständnis mit den Alliierten zu handeln.

Schließlich beschäftigte sich der Fünfer rat mit einem Vorschlag der italienischen Delegation, der die Einräumung einer Bestimmung in den zu erwartenden ungarischen Friedensvertrag vorseht, durch die Ungarn auf alle Rechte in den Italien zugesprochenen ehemaligen österreichisch-ungarischen Gebieten verzichtet.

Italien wieder in gutem Einverständnis mit den Verbündeten.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

mp Rom, 11. Oktober.

„Ende gut, alles gut“, sagt heute abend die „Tribuna“, nachdem die Agentur Stefani so Erfreuliches über das Ergebnis der Besprechung Tittonis mit dem englischen Botschafter in Rom zu berichten mußte. Jedes Mißverständnis sei beseitigt und die hergliche Zusammenarbeit für die Lösung der Friedensprobleme gesichert. Lord Curzon's indische Schöffheit sei durch das englische Auswärtige Amt desanponiert, und England, Amerika und Frankreich Gelegenheit gegeben worden, ihre Meinung öffentlich darzulegen. Vielerorts hofft man, daß nun die Verbündeten genügend Erfahrungen gesammelt haben, um Zeit und Nerven des italienischen Volkes nicht weiteren Gebuldsproben auszugeben. Die Entscheidung über die neuen Pläne Tittonis in Paris wird zeigen, ob die Hoffnungen berechtigt sind. Der für Rom bestimmte neue englische Botschafter Buchanan, der früher in Petersburg war, wird nach seiner italienfreundlichen Londoner Abschiedsrede mit großer Zuversicht erwartet.

Sowjetblockade.

von

Georg Bernhardt.

Die beiden Noten, die der Rat der Alliierten der deutschen Regierung hat zustellen lassen, weisen bereits Spuren der bevorstehenden Ratifizierung des Friedens auf. Die Note über die vormaligen deutschen Truppen im Baltikum geht zwar in der Sache nach wie vor von wenig zutreffenden Voraussetzungen aus, kommt jedoch der deutschen Forderung nach Prüfung des Tatbestandes entgegen und ist in der Sprache erheblich weniger ungebärdig, als die erste Entente-note in der Baltikumfrage war. Sie läßt beinahe den Glauben entstehen, daß die Entente allmählich ein Zusammenarbeiten auch mit Deutschland für erproblicher zu halten beginnt, als die ewigen Reibereien und verlebenderten Taktlosigkeiten. Und dieser Eindruck wird verstärkt durch den ersten Paragraphen der Note über die Blockadeverhängung gegen das bolschewistische Rußland. In dem Text, den die „Wossische Zeitung“ gestern morgen bereits wiedergehen konnte, wie er dem österreichischen Staatsamt des Außenwesens zugegangen war, fehlt der erste Paragraph der deutschen amtlichen Wiedergabe. Es läßt sich vorläufig nicht feststellen, ob es sich hier nur um einen Mangel der Uebersetzung oder um eine Verschiedenartigkeit der Entente-noten an Deutschland und Oesterreich handelt. Durch diesen ersten Paragraphen wird zum erstenmal seit Kriegsbeginn Deutschland von den alliierten Mächten den übrigen nicht-alliierten Staaten gleichgestellt. Es „wird gebeten“, genau so wie die neutralen Staaten der Welt, sich an einem Akt zu beteiligen, den die alliierten Mächte ihrerseits innerhalb ihres Machtbereiches angeordnet haben. Die deutsche Regierung wird zu gemeinsamem Handeln mit den übrigen Staaten eingeladen. Und das noch, bevor der Friede ratifiziert, bevor also juristisch in Wirklichkeit das Friedensverhältnis hergestellt ist.

Unschwer ist es eine erfreuliche Tatsache. Auch der Zweck der Maßnahmen, die die Entente zu treffen wünscht, ist der deutschen Regierung und der großen Mehrheit des deutschen Volkes sicherlich sympathisch. Denn der Bolschewismus wurde in seiner ganzen Gefährlichkeit nirgends klarer erkannt wie in dem nachrevolutionären Deutschland und vor allem zumeist der sozialdemokratischen Weltanschauung abhängenden Regierungsmännern. Es ist erfreulich, daß diese Gefahr nun allmählich auch von den Westmächten nicht mehr so gering geschätzt wird, als das zu jener Zeit noch der Fall war, da die Hinweise auf die Möglichkeit der Bolschewisierung Deutschlands als „Camouflage“ von ihnen abgetan wurde. Deutschland ist sicher bereit, jedes Mittel zu ergreifen, das wirksam der Halbbarbarei der bolschewistischen Wirtschaftsexperimente ein Ende bereitet. Aber es fragt sich doch, ob das von der Entente empfohlene Mittel der Blockade von Deutschland unterstützt werden kann.

Zunächst eine Frage des Gefühls... Zu den bittersten Kriegserinnerungen gehören für jeden Deutschen ohne Unterschied der Partei und des Standes die fürchterlichen Leiden der Hungerblockade, die die Entente über die Mittelmächte verhängte. Fast jede Familie beklagt neben den Angehörigen, die im Kampfe gefallen sind, schwere Schäden ihrer Angehörigen infolge der Unterernährung: Eltern, die frühzeitig verstarben, Kranke, die nicht genesen konnten, und Kinder, die in ihrer Entwicklung zurückgeblieben sind. Das Hungertod ereignet in Deutschland noch jetzt verheerende Zwangsvorfälle. Und es erscheint der großen Mehrheit des deutschen Volkes sicher unmöglich, jetzt selbst eine Maßnahme anzuwenden oder aktiv zu unterstützen, gegen die man sich selbst im Kriege auf das Heftigste aufgelegt, deren Urheber man verdammt hat. Nun könnte man freilich einwenden, daß ein Agrarland wie Rußland der Nahrungsmittelzufuhr nicht bedarf. Und daß auf die weiten russischen Gebiete die Blockade nicht dieselben Wirkungen auszuüben vermag, wie auf die einseitig industriell entwickelten Gebiete der Mittelmächte, die ohne Einfuhr von Nahrungsmitteln und Futtermitteln auf die Dauer nicht existieren können. Aber die von der Entente beabsichtigte Blockade, die Rußland von jedem Verkehr abschneidet, läßt auch aus keinem der umliegenden Länder landwirtschaftliche Maßnahmen für die Aufbereitung des Bodens nach Rußland gelangen; keine Rohstoffe sollen mehr die industriellen Bedürfnisse der Bolschewisten unterstützen, keine Chemikalien, keine medizinischen Präparate sollen mehr den Kranken in Rußland zuzute kommen. Das bedeutet zweifellos verschärfte Arbeitslosigkeit und verschärftes Leiden.

Das Mißbehagen, das viele Deutsche bei dem Gedanken an eine solche Wiederaufnahme der Kriegsführung empfinden, wird noch dadurch verstärkt, daß der wirkliche Kriegszustand sehr leicht erkannt werden kann. Die tiefere Einsicht in das wirkliche Wesen des Bolschewismus ergibt klar, daß jede bolschewistische Herrschaft an sich den Kriegszustand der Herrschenden gegen alle Welt bedeutet. Sowie der bolschewistische Gedanke aus der Sphäre des Theoretischen in die Realität tritt, wird er zur reinen brutalen Wuchtprobe. Der Bolschewismus bedroht die körperliche Existenz und die Kultur der Völker aller Mächte. Jedoch diese tiefe Einsicht in den wirklichen Charakter der bolschewistischen Bewegung ist selbst